



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 01 / 2011

Aus dem Inhalt:

- Hartz-IV Verhandlungen
- Aufbruch im Nahen Osten - - Demokratiebewegung in Ägypten unterstützen
- Kein Ermessensspielraum bei Schuldenbremse
- Zwei Nachrufe - Terminhinweise

Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag

Zunächst einmal hat das Wahlergebnis mit der absoluten Mehrheit für Olaf Scholz diese Woche für große Freude gesorgt! Herzlichen Glückwunsch nach Hamburg und ich hoffe, dass es im „Superwahljahr“ für die SPD weiter so geht mit den Wahlerfolgen!

Was ist sonst noch so passiert? Die Verhandlungen zur Neugestaltung der Hartz-IV-Regelsätze sind zunächst an der Zerrissenheit der schwarz-gelben Koalition gescheitert. Schon zu Verhandlungsbeginn zeigte sich, dass es der Regierung nicht um ernsthafte Verhandlungen ging, sondern nur um ein „Friss oder Stirb“. Wir haben während der Verhandlungen unsere Forderungen erheblich eingedampft, weil wir zu einem Ergebnis kommen wollten, damit die Betroffenen ihr Geld bekommen. Schwarz-Gelb hat jedoch keinen einzigen Vorschlag ernsthaft erwogen.

Um ein völliges Scheitern des Gesetzgebungsverfahrens zu verhindern, hat Kurt Beck im Bundesrat eine Einigung erzielt, dass der Vermittlungsausschuss durch den Bundesrat neu angerufen wird. So hat die SPD ermöglicht, dass im Interesse der Betroffenen weiter verhandelt werden kann. Bei den weiteren Verhandlungen waren für uns drei Positionen unerlässlich: Die Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitslose nach dem SGB II müssen verfassungskonform berechnet werden. Wir brauchen mehr Schulsozialarbeiter. Die Teilhabe von Kindern im Bildungssystem hängt nicht nur von Geldleistungen ab, sondern von individueller Betreuung und Zuwendung, um herkunftsbedingte Defizite abzubauen.

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 15 • 10625 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

Der Kompromiss - kurz gefasst

Folgende Verbesserungen konnte die SPD in den Verhandlungen mit Union und FDP durchsetzen:

- **Für Kinder:** Wir haben das Bildungspaket kräftig ausgebaut. 500.000 bedürftige Kinder werden zusätzlich am Bildungspaket teilhaben. 3.000 Sozialarbeiter können sich künftig um Kinder und Jugendliche an Schulen in sozialen Brennpunkten kümmern. Bedürftige Kinder erhalten ein kostenloses Mittagessen in Schulen, Kitas und Horten.
- **Für Arbeitnehmer:** Wir haben Mindestlöhne für 1,2 Millionen Beschäftigte durchgesetzt: in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche.
- **Für Arbeitslose:** Hartz IV steigt rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro. Außerdem gibt es neben der regulären Erhöhung um die gestiegenen Lebenshaltungskosten zum 1. Januar 2012 eine Sonderanpassung um weitere 3 Euro.
- **Für Kommunen:** Der Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten der Grundsicherung im Alter. Die Kommunen werden dadurch beginnend ab 2012 um 1,2 Milliarden Euro bis zur vollen Summe von 4 Milliarden Euro pro Jahr ab 2014 entlastet. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes.
- **Für Ehrenamtliche:** Aufwandsentschädigungen für Übungsleiter und andere Ehrenamtliche werden zukünftig bis zu 175 Euro nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet.

Insgesamt haben wir sozialen Fortschritt in Deutschland durchgesetzt. Das ist ein Erfolg für die SPD. Dieser Erfolg ist zum guten Teil der Beharrlichkeit und Geschlossenheit in der sozialdemokratischen Verhandlungsführung um Manuela Schwesig und Kurt Beck zu verdanken.

Beim Regelsatz bleiben Fragen offen

Offene Fragen bleiben hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Berechnungsmethoden bei den Regelsätzen. Die Bundesregierung hat an dieser Stelle auf ihrer Rechtsauffassung beharrt. Sie trägt die volle Verantwortung und das Risiko bei einer erneuten verfassungsrechtlichen Überprüfung der Regelsätze.

SPD kämpft weiter für gleichen Lohn in der Leiharbeit

Keine Einigung gab es beim Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Hier hat sich die FDP bis zuletzt allen vernünftigen Lösungen widersetzt. Wir sind nicht bereit, schlechte Kompromisse auf Kosten der Leiharbeiter einzugehen. Wir kämpfen deshalb zusammen mit den Gewerkschaften weiter für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Demokratiebewegung im Nahen Osten unterstützen

Seit kurzem ist im Nahen Osten nichts mehr, wie es war. Die Rufe nach Freiheit und Demokratie, die aus vielen Länder der arabischen Welt zu hören sind, freuen uns! Wir freuen uns, dass mutige

Menschen, zu hunderttausenden auf die Straßen gehen, um Freiheit einzufordern. Wir freuen uns über das Ende der autoritären Herrschaft in Tunesien und Ägypten und verfolgen zwischen Bangen und Hoffen die Demonstrationen in den anderen Ländern der Region. Es ist eine Bewegung aus dem Volk heraus, ansteckend über die Grenzen hinweg, mächtigen Polizei- und Armeekräften trotzend. Die Bewegung birgt Risiken, aber noch mehr Chancen - für die Freiheit, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und für ein besseres Leben. Den Menschen, die gegen Unrecht, Korruption, Armut und Perspektivlosigkeit auf die Straße gegangen sind und ihre Rechte eingefordert haben, gehört unser voller Respekt und unsere Unterstützung. Zugleich trauern wir um die vielen Opfer in Tunesien, Ägypten und Libyen. Gefahr für die protestierenden Menschen besteht auch in Algerien, Marokko, Jordanien, in Palästina, Bahrain, Katar, im Jemen, in Saudi-Arabien und in Djibuti. Auch in diesen Staaten gibt es Verwundete und Tote. Wir fordern die Regierungen dieser Staaten auf, keine Gewalt gegen friedliche Demonstranten anzuwenden.

Die SPD-Bundestagsfraktion verurteilt aufs Schärfste die brutale Gewalt, mit der in Libyen gegen Demonstranten vorgegangen wird, und begrüßt, dass die Arabische Liga ein Zeichen gesetzt und Libyen ausgeschlossen hat. Auch der UN-Sicherheitsrat hat gefordert, dass die Gewalt sofort beendet und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Nun muss die EU ebenfalls klar Stellung beziehen und darauf drängen, dass die Bevölkerung medizinisch und humanitär versorgt werden kann.

Die künftige Entwicklung im Nahen Osten liegt voll in der Eigenverantwortung der jeweiligen Staaten. Ohne bevormundend zu sein, sollte die Europäische Union jedoch aktiv den politischen Wandel begleiten. Zunächst allerdings muss sie ihre eigene Glaubwürdigkeit wiedergewinnen: Zu eng war die Kooperation mit den korrupten Regimen der Region. Solange deren Machthaber westlich orientiert waren und vermeintliche islamistische Gefahren einzudämmen schienen, wurden sie als Partner akzeptiert. Auch in der EU-Flüchtlingspolitik waren und sind die Maghreb-Staaten begehrte Partner, um Migranten aus (Nord-)Afrika abzuhalten. Hier wurden menschenrechtlich fragwürdige Kompromisse geschlossen. Zwar mahnten die EU beziehungsweise ihre Mitgliedsstaaten die Einhaltung der Menschenrechte regelmäßig an. Spürbare Konsequenzen hatten Menschenrechtsverletzungen für die Regierungen jedoch nicht. Hier muss die Europäische Mittelmeerpolitik beziehungsweise die Nachbarschaftspolitik insgesamt neu justiert werden.

Aus den Reformbewegungen werden nicht automatisch rechtsstaatlich orientierte Regierungen entstehen. Zuvor wurden und werden in der Region oppositionelle Gruppierungen unterdrückt, als dass diese nun sofort perfekt organisiert in ein demokratisches System starten könnten. Deshalb muss die EU eng mit den Reformkräften zusammenarbeiten, damit demokratische Grundlagen geschaffen und Meinungs- und Pressefreiheit sowie Versammlungsfreiheit künftig voll gewährleistet werden. Wichtigster Schritt aber muss zunächst die Freilassung aller politischen Gefangenen sein.

Freie Wahlen, Menschenrechte und Demokratie sind wichtige Forderungen an die Regierungen der Region. Die Zukunft in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen Ländern wird jedoch wesentlich von der Verbesserung der sozialen Lage der Menschen und den beruflichen Perspektiven der Jugend abhängen. Politische und bürgerliche Rechte ohne bessere Lebensbedingungen werden die Menschen nicht zufriedenstellen. Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen würden auch den Migrationsdruck auf Europa verringern. Visaerleichterungen für junge Akademiker/innen und eine neue EU-Flüchtlingspolitik,

die die Lasten solidarisch unter den Mitgliedsstaaten verteilt, wären ebenfalls äußerst hilfreich. Hier ist die Bundesregierung gefordert. Bislang tritt sie gegenüber den Reformbewegungen in der Region äußerst zögerlich auf, und zu den flüchtlingspolitischen Vorschlägen der südeuropäischen EU-Staaten verhält sie sich abwehrend. Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, sich konstruktiv und solidarisch auf die neue politische Situation im Nahen Osten einzulassen. Ihre gegenwärtige abwartende und abwehrende Haltung ist politisch und menschenrechtlich kontraproduktiv.

Angesichts der Entwicklungen in der arabischen Welt fordert die SPD-Fraktion einen Sondergipfel der Europäischen Union: "Wir brauchen einen strategischen Ansatz, der darauf zielt, die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften zu unterstützen," schreiben Frank-Walter Steinmeier und Günter Gloser, in einem Positionspapier. Ihr Vorschlag: ein Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum.

Kein Ermessensspielraum bei Schuldenbremse

Die grundlegende Konsolidierung des Bundeshaushalts ist notwendig und ohne Alternative. Andernfalls würde die nächste Generation weit über Gebühr belastet, zumal sie ohnehin gewaltige Lasten in Folge der demografischen Verschiebungen zu tragen hat. Mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismusreform II) haben wir eine Schuldenbremse im neuen Artikel 115 Grundgesetz (GG) eingeführt. Hierdurch und mit dem Ausführungsgesetz dazu hat der Gesetzgeber für die notwendige Konsolidierung sowohl die strukturelle Defizitobergrenze mit 0,35 Prozent des BIP ab 2016 als auch den Abbaupfad ab 2011 festgelegt.

Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 haben in den letzten Monaten offengelegt, dass der Bundesminister der Finanzen sich Ermessensspielräume bei der Festlegung des Abbaupfades zugebilligt hat, die im Ergebnis den Verschuldungsspielraum für die Jahre bis 2016 um viele Milliarden Euro nach oben schrauben, statt konsequent das Ziel des Abbaus der Neuverschuldung umzusetzen.

Herr Schäuble trickst und untergräbt damit die Glaubwürdigkeit und Effektivität der neuen Schuldenregel im Grundgesetz gleich im ersten Jahr ihrer Anwendung. Denn Regierung und Koalition verweigern eine ehrliche Bestimmung der vorgeschriebenen Schuldenreduzierung. Da sich die Haushaltssituation im zweiten Halbjahr 2010 nochmals erheblich verbessert hat, hätte die für den Abbaupfad bis 2016 maßgebliche Größe des sog. strukturellen Defizits nach Geist und Sinn der gesetzlichen Regelung nochmals aktualisiert werden müssen. Schwarz- Gelb hat das nicht getan und sich über diesen Trick ermöglicht, bis 2014 voraussichtlich mehr als 27 Milliarden Euro mehr Schulden machen zu können als nach dem Grundgesetz eigentlich zulässig ist. Bundesrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben das stark kritisiert, weil dieser Trick schon 2011 die Schuldengrenze um 3,4 Milliarden Euro verletzt. Es drängt sich also der Verdacht auf: Mit diesem Spielraum wollen der Bundesfinanzminister und die Koalition einen zweiten Wahlbetrug mit dem gleichen Steuersenkungsthema wie bei der letzten Bundestagswahl vorbereiten.

Mit Blick auf das Budgetrecht des Parlaments sind diese Entscheidungsspielräume grundsätzlich

nicht hinnehmbar. Bei der Verabschiedung des Ausführungsgesetzes war nicht abzusehen, dass sich das Soll der Neuverschuldung 2010 in Höhe von 80,2 Milliarden Euro im Vollzug auf 44 Milliarden Euro mindern würde. Bundesminister Schäuble ist erkennbar nicht bereit, gemäß der Schuldenregel das Ist-Ergebnis 2010 dem weiteren Abbaupfad ab 2012 zugrunde zu legen. Daher ist eine entsprechende gesetzliche Festlegung nötig. Durch unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu Art. 115 GG (Drs. 17/4666) soll die Ermittlung der Konjunkturkomponente auf den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als einer unabhängigen Institution übertragen werden. Dadurch kann jeder Verdacht vermieden werden, dass anderenfalls der Bundesminister der Finanzen auch unter politischen Gesichtspunkten zu einem bestimmten Berechnungsergebnis kommt.

Gleichstellung durchsetzen - per Gesetz

SPD-Fraktion fordert 40-Prozent-Quote für Frauen in Führungspositionen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Führungsetagen großer Unternehmen sind immer noch eine Männerdomäne. In den Vorständen der DAX-30-Unternehmen liegt der Frauenanteil bei zwei Prozent, in den Aufsichtsräten bei unter acht Prozent – und das, obwohl die Wirtschaft schon vor zehn Jahren Besserung gelobt hatte. Leere Versprechen, sagt die SPD-Fraktion. Gleichstellung muss gesetzlich durchgesetzt werden.

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, sagt das Grundgesetz. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Immer noch sind Frauen im Beruf benachteiligt. Weder ist der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen Realität. Noch haben Frauen auch nur annähernd die gleiche Chance wie ihre männlichen Kollegen, in die Chefetagen der Unternehmen aufzusteigen. Der Bildungsgrad von Frauen spiegelt sich bis heute nicht in ihren beruflichen Positionen wider.

Anlegerschutz für private Anleger, nicht für Lobby

Das sogenannte Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz von CDU/CSU und FDP, das am 11. Februar abschließend beraten wurde, ist ein frecher Etikettenschwindel. Bei näherem Hinsehen entpuppt es sich als zufällige Zusammenstellung völlig unzureichender Einzelmaßnahmen. Den erklärten Zielen der Bundesregierung, Anleger wirksam vor Falschberatung und unüberlegten Anlageentscheidungen zu schützen und zugleich das Vertrauen der Marktteilnehmer in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte wieder zu erhöhen, wird dieses Gesetz nicht ansatzweise gerecht.

Im Laufe eines langwierigen Gesetzgebungsverfahrens wurde das ohnehin nicht ehrgeizige Vorhaben deutlich verwässert. Dadurch bleibt vor allem der für private Anleger besonders risikoreiche Graue Kapitalmarkt bis auf Weiteres kaum reguliert und beaufsichtigt. Auf zunächst geplante Verbesserungen im Bereich der Honorarberatung verzichtet die Koalition ebenso wie auf die Streichung von Sonderverjährungsvorschriften zu Lasten der Kunden. Die Einführung eines Informationsblattes für Finanzprodukte ist zu begrüßen. Doch ist das sogenannte PIB weder standardisiert noch reichen die geforderten Pflichtangaben annähernd aus, um die angestrebte

Vergleichbarkeit der Produkte für die Privatanleger zu erreichen.

Bei der angestrebten Durchsetzung anlegerschützender Vorschriften in der Beratung der Finanzinstitute schießt die schwarz-gelbe Koalition dagegen über das Ziel hinaus. Durch eine laufende Erfassung aller Anlageberater, Compliance-Beauftragten (achtet auf die Einhaltung aller Regeln im Unternehmen) und Vertriebsbeauftragten soll die Aufsichtsführung verbessert werden. Tatsächlich aber soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ausgehend von konkreten Kundenbeschwerden künftig Missstände aufdecken und bei Bedarf auch sanktionieren.

Die SPD fordert deshalb, die rund 300.000 Anlageberater in Deutschland erst bei Eingang solcher Beschwerden zu registrieren. So ließe sich der bürokratische Aufwand für alle Beteiligten deutlich verringern, ohne die bezweckte präventive Wirkung der Datenbank zu schmälern. Die BaFin ihrerseits ist aufgefordert, die für die Beschwerden innerbetrieblich Verantwortlichen bei ihren Prüfungen zu identifizieren. Denn selbst Verbraucherorganisationen gestehen zu, dass die Ursache struktureller Falschberatungen regelmäßig verfehlte unternehmensinterne Anreizsysteme sind. Keineswegs ist es vorrangig und stets allein der einzelne Anlageberater, der die Interessen seines Arbeitgebers über die Wünsche und Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher stellt.

Mit ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung vor allem auf, den Grauen Kapitalmarkt zu regulieren. Die SPD-Bundestagsfraktion will mit einem „Finanz-TÜV“ alle mit Finanzdienstleistungen für Privatanleger befassten Institutionen und Personen in die Verantwortung für Transparenz und Haftung einbeziehen. Dazu sollen für alle Finanzvermittler und -berater Mindeststandards festgelegt und deren Einhaltung über eine Aufsicht sichergestellt werden.

Rückzug der Bundeswehr beginnen – die Verantwortung in afghanische Hände legen

Am 28. Januar hat der Bundestag die Verlängerung des deutschen Bundeswehreinsetzes im Rahmen der VN-mandatierten ISAF-Mission in Afghanistan beschlossen. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat sich nach ausführlicher interner Debatte mit großer Mehrheit für die Verlängerung ausgesprochen. Voraussetzung für unser „Ja“ war, dass im Laufe dieses Jahres mit dem Rückzug der ersten Bundeswehrsoldaten begonnen wird. Diese Festlegung zielt auch darauf ab, die Regierung in Kabul zur Übernahme stärkerer Eigenverantwortung für ihr Gemeinwesen zu drängen. Mit dieser Forderung hat sich die SPD gegenüber der Bundesregierung durchgesetzt, die ursprünglich die Nennung einer konkreten Jahreszahl im Mandat vermeiden wollte.

In einem von unserer Fraktion parallel eingebrachten Entschließungsantrag (Drs. 17/4563) bekräftigen wir unsere Erwartung, dass die Bundesregierung ihre Zusage einhält und wir unsere künftige Zustimmung für eine Mandatsverlängerung an die Reduzierung des deutschen ISAF-Kontingents noch in diesem Jahr koppeln.

Es war die SPD, die als erste einen zeitlichen Abzugskorridor gefordert hat. Noch in seiner Funktion als Außenminister hatte Frank-Walter Steinmeier einen Zehn-Punkte-Plan für den

Abzug aus Afghanistan vorgelegt. Im Januar 2010 war es wiederum die SPD, die ein Ende des militärischen Einsatzes im Rahmen des ISAF-Mandats für den Zeitraum zwischen 2013 und 2015 gefordert hat. Damals wurden wir von Union und FDP dafür scharf kritisiert. Inzwischen sind diese Forderungen längst internationale Beschlusslage. Sowohl die Kabuler Konferenz im Juli 2010 als auch der NATO-Gipfel am 20. November haben das Jahr 2014 als Enddatum für den militärischen Kampfeinsatz festgelegt. Von diesem Zeitpunkt an sollen die Afghanen für die Gewährleistung der Sicherheit in ihrem Land selbst verantwortlich sein. Selbstverständlich wird die internationale Gemeinschaft dieses geschundene Land danach nicht völlig sich selbst überlassen. Unterstützende Maßnahmen im zivilen Bereich, aber auch bei der Ausbildung von Armee und Polizei wird es auch über das Jahr 2014 geben müssen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Afghanistan nicht wieder in Anarchie und Chaos zurückfällt und erreichte Fortschritte, wie es sie im Bereich der Frauen- und Menschenrechte, der Gesundheitsversorgung oder der Bildung gibt, nicht wieder zunichte gemacht werden.

Zivilen Wiederaufbau fortsetzen

Aber auch in anderen Fragen war es die SPD, die der Bundesregierung eine Reihe von Zugeständnissen abgerungen hat. Dazu gehörte die Forderung nach Verdopplung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau und verstärkten Anstrengungen im Bereich der Ausbildung einer afghanischen Armee. Dieser vor einem Jahr eingeleitete Strategiewechsel muss jetzt konsequent fortgeführt werden. Deshalb fordern wir, dass die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte weiter vorangetrieben wird. Der zivile Wiederaufbau muss ebenfalls mit großer Intensität fortgesetzt werden. Das gilt insbesondere für die Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft, die Unterstützung der afghanischen Regierung beim Aufbau einer effizienten Verwaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur und des Bildungs- und Gesundheitssektors. Die afghanische Regierung muss sichtbar unter Beweis stellen, dass sie ihre Bekenntnisse zu besserer Regierungsführung und zur Bekämpfung der extrem hohen Korruption ernst nimmt.

Faire Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai

Europa rückt zusammen: Ab Mai greift die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dann haben auch alle Menschen aus den neuen EU-Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas die Freiheit, in jedem Land der EU mit gleichen Rechten und Pflichten zu leben und zu arbeiten. Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag Maßnahmen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Sieben Jahre nach ihrem Beitritt zur Europäischen Union greift zum 1. Mai 2011 für acht mittel- und osteuropäische Länder die so genannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn haben dann das uneingeschränkte Recht, auch in Deutschland zu arbeiten und zu leben. Bulgarien und Rumänien folgen Anfang 2014. Diese Freiheit bietet große Chancen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa. Aber sie muss politisch begleitet werden, um allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland Schutz und Sicherheit zu bieten.

Lohn- und Sozialdumping verhindern

Wie sich die Arbeitnehmerfreizügigkeit auf den deutschen Arbeitsmarkt konkret auswirken wird, ist noch weitgehend unklar. Erfahrungen aus anderen EU-Staaten, die die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht eingeschränkt hatten, zeigen allerdings, dass klare Regeln zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen wichtig sind, um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Da nach wie vor Einkommensunterschiede zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsländern bestehen, dürften Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern grundsätzlich bereit sein, auch zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zu arbeiten. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher klare Regelungen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion konkrete Regelungen in den Bereichen Arbeitsbedingung und Entlohnung, Kontrolle, Mitbestimmung sowie Information und Beratung, um die Voraussetzungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 zu schaffen. Um einer Ausweitung von unsicherer Beschäftigung und Niedriglöhnen vorzubeugen, muss die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt werden. Das ist auch deshalb besonders wichtig, um Lohn- und Sozialdumping vor allem in der grenzüberschreitenden Leiharbeit zu verhindern.

Außerdem verlangen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Alle Branchen müssen zudem in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden, damit Mindestlohntarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Nur so kann gewährleistet werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem EU-Ausland bei uns zu den gleichen Mindestlöhnen beschäftigt werden wie ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen. Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll an zusätzliche Voraussetzungen wie die Einhaltung einer Lohnuntergrenze und der Tariftreue gebunden werden.

Eine soziale Fortschrittsklausel in der EU

Die Entsenderichtlinie der EU muss reformiert werden, damit sie wieder das leistet, was sie leisten soll: nämlich arbeitsrechtliche Mindeststandards festzulegen. Schließlich fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, eine soziale Fortschrittsklausel ins EU-Recht aufzunehmen. Eine solche Fortschrittsklausel muss verbindlich klarstellen, dass die Europäische Union nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern auch dem sozialen Fortschritt verpflichtet ist - und dass soziale Grundrechte im Zweifel wichtiger sind als wirtschaftliche Grundfreiheiten.

Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit

Rechtsextremismus ist die gefährlichste Extremismusart in Deutschland. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (Drs. 17/3867) auf, die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Vermittlung demokratischer Werte dauerhaft zu fördern. Vor zehn Jahren hat die SPD-geführte Bundesregierung mehrere Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung der Demokratie ins Leben gerufen. Die Programme haben sich als äußerst erfolgreich erwiesen. Programme wie CIVITAS, entimon oder „VIELFALT TUT GUT“ haben innovative Modellprojekte hervorgebracht. „VIELFALT TUT GUT“ hat außerdem bundesweit 90 Lokale Aktionspläne gefördert, die der Vernetzung lokaler Akteure

mit kommunalen Verwaltungen dienen. Die durch das Programm „kompetent. für Demokratie“ geförderten Opferberatungen und Mobilen Beratungsteams leisten eine unschätzbare wichtige Arbeit und werden immer professioneller.

Viele Träger leiden allerdings unter der Kurzfristigkeit und Unsicherheit ihrer Finanzierung. Oft können gelungene Modellprojekte nicht langfristig etabliert werden. Organisationswissen geht verloren, qualifiziertes Personal wandert ab. Diese Probleme wiegen umso schwerer, als in Deutschland weiterhin große Probleme mit organisiertem Rechtsextremismus bestehen. Zur Entwarnung besteht kein Anlass. Neonazis und andere Rechtsextreme gehen weiter mit Straftaten und Gewalt gegen Andersdenkende und die Verfassungsordnung vor. Opferverbänden zufolge sind seit 1990 fast 150 Menschen durch rechte Gewalt zu Tode gekommen. Allein im letzten Jahr sind fast 20.000 politisch von rechts motivierte Straftaten verübt worden. Hinzu kommt, dass rechtsextreme Einstellungen in allen Bevölkerungsgruppen nach wie vor verbreitet sind. Bis zu ein Drittel der Bevölkerung stimmt diktaturbejahenden, chauvinistischen, ausländergefeindlichen, antisemitischen oder sozialdarwinistischen Aussagen zu. Das zeigt, dass rechtsextreme Einstellungen keine Randphänomene sind, sondern der Mitte der Gesellschaft entspringen.

Zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus dauerhaft unterstützen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert (in einem Antrag) deshalb, dauerhafte Strukturen zu schaffen, um Rechtsextremismus zu bekämpfen und die Vermittlung demokratischer Werte zu fördern. Die Sozialdemokraten schlagen vor, zu diesem Zweck auf Bundesebene ein Stiftungsmodell zur Bekämpfung des Rechtsextremismus einzurichten. Bei den Programmen soll ein Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und auf die Demokratievermittlung gelegt werden. Die Mittel für Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen sollen um drei Millionen Euro erhöht werden. Die von Schwarz-Gelb geplanten Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung lehnen die Sozialdemokraten ab.

Die SPD-Fraktion zeigt sich überzeugt: Die Rechtsextremen sind gerade da stark, wo die Zivilgesellschaft schwach ist. Dies ist in einigen Regionen Deutschlands immer noch der Fall. Gerade in diesen Regionen ist es besonders wichtig, die bestehende Trägerlandschaft zu erhalten und zu stärken. Die Stärkung der Demokratie und der Demokratinnen und Demokraten ist der beste Verfassungsschutz. Deshalb muss die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus dauerhaft unterstützt werden.

Nachrufe

Nachruf Wolfgang Foest

Der plötzliche Tod von Wolfgang Foest ist unfassbar und hat mich tief erschüttert. Wolfgang Foest war Schulleiter der Loschmidt Schule, einer Berufsschule mit sonderpädagogischen Aufgaben. Als Schirmherrin zweier Schulprojekte hatte ich bei verschiedenen Veranstaltungen Gelegenheit, Wolfgang Foest kennen zu lernen - als Mensch und als Pädagoge. Sein Wirken für die Schülerinnen und Schüler, für „seine“ Schule, die er mit Engagement und Herz führte, hat

mich immer sehr beeindruckt.

Nachruf Christel von Drenkmann

Gestorben ist auch Christel von Drenkmann, die Frau von Günter von Drenkmann. Im November 1974 wurde der damalige Kammergerichtspräsident und Sozialdemokrat Günter von Drenkmann in seinem Wohnhaus Opfer eines Attentates der „Bewegung 2. Juni“. 2008 konnten wir eine Gedenktafel an diesem Haus, in dem Christel Drenkmann weiterhin wohnte, enthüllen, um an den Mord an ihrem Mann zu erinnern. Gemeinsam mit der DeGeWo und die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf haben wir Christel diesen Wunsch erfüllt. Christel war seit 1945 Mitglied der SPD und bis ins hohe Alter bekennende Sozialdemokratin. Sie war eine tapfere Frau.

Termine und Veranstaltungen

Landesgruppe – Praxistag

Die SPD veranstaltet bundesweit „Praxistage“, durch die Bundes- und Landtagsabgeordnete tiefere Einblicke in das Gesundheitssystem erhalten sollen. Wir in Berlin machen natürlich mit, die Landesgruppe Berlin also die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten, gehen vor Ort in Einrichtungen und machen abschließend eine gemeinsame Veranstaltung. Ich werde meinen Praxistag am 1. März im Geburtshaus Charlottenburg verbringen.

Am Mittwoch, den 2. März 2011 von 18.00 bis 20.00 Uhr diskutieren wir Berliner SPD-MdBs dann auf einer gemeinsamen Veranstaltung „Unsere Gesundheit braucht Solidarität - Mit der Bürgerversicherung zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle“ im Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum, Gründersaal, Haus 1, Rubensstraße 125, 12157 Berlin über die Erfahrungen und Einblicke, die wir am Praxistag machen konnte. Sie sind herzlich eingeladen, mitzudiskutieren:

Ausstellungseröffnung – Querbeet

Die erste Ausstellungseröffnung in Anwesenheit der Künstlerin in der Goethe 15:

**Querbeet – Malerei und Grafik
von Susanne Schrenk
findet statt
am Montag, den 28. Februar 2011
von 17 – 19 Uhr**

Die Werke der Zehlendorfer Künstlerin sind dann bis zum 5. Mai 2011 im Wahlkreis- und SPD-Bürgerbüro GOETHE15, in der Goethestraße 15, in 10625 Berlin zu besichtigen. Susanne Schrenk malt seit über 30 Jahren. Ihre künstlerischen Arbeiten umfassen Zeichnungen mit Bleistift und Kohle, Aquarell- und Ölmalerei, Collagen mit Naturmaterialien sowie Grafik in verschiedenen Drucktechniken. Ausgestellt wurden ihre Werke bislang u.a. im Arbeitsgericht, im Nachbarschaftsheim Mittelhof sowie in der Stadtbücherei Zehlendorf.